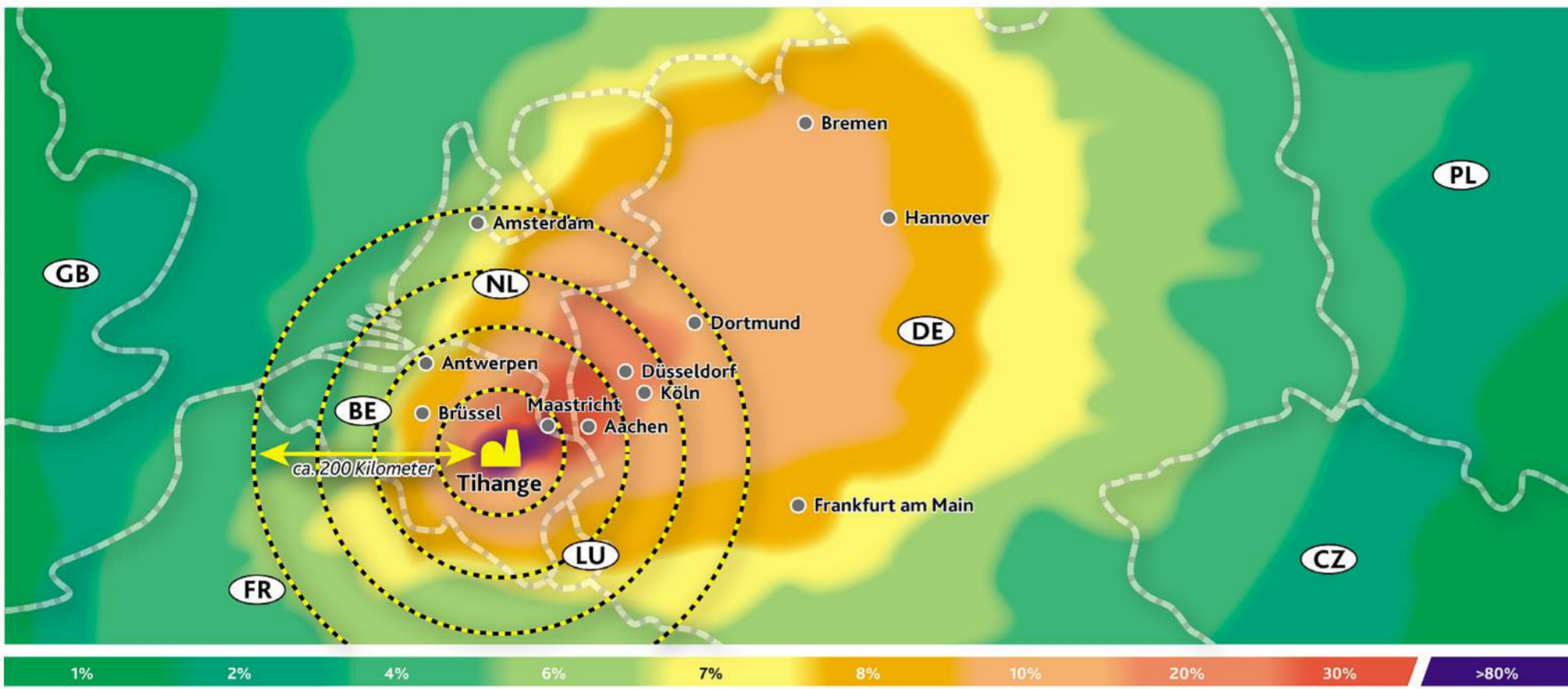




TIHANGE

Wahrscheinlichkeit einer Überschreitung des Grenzwertes für radioaktive Strahlung um mindestens das Dreifache*



*Störfallprognose basiert auf 3000 repräsentativen Wettersituationen · Quelle: Studie des Instituts für Sicherheits- und Risikowissenschaften (ISR), BOKU, Wien, April 2016 · Grafik: ZVA

DIE STUDIE

► Physiker und Hochschullehrer **Wolfgang Renneberg** ist ein international angesehener Experte für Reaktorsicherheit. Unter seiner Führung wurde die gestern vorgestellte Studie geschrieben. Darin steht, dass im Falle eines Versagens des Reaktordruckbehälters eine 30-prozentige Wahrscheinlichkeit besteht, dass die radioaktive Bodenbelastung für die Region Aachen dauerhaft den zulässigen Grenzwert um das Dreifache übersteigen wird. Das könne zu schwerwiegenden gesundheitlichen Schäden in der Bevölkerung führen. Nikolaus Müller, einer der Autoren, sagte, dass immer noch nicht wissenschaftlich geklärt sei, wie sich die teilweise handflächengroßen Wasserstoffeinschlüsse auf die Stabilität des Druckbehälters von Tihange 2 auswirken würden.



► **Helmut Etschenberg** erhielt gestern Lob von allen Seiten für sein Engagement. Nicht zuletzt aufgrund seiner Initiative kämpft mittlerweile eine Allianz aus rund 90 Kommunen aus den Niederlanden, Luxemburg, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen für ein Abschalten von Tihange 2. In diesem Block wurden die meisten Risse im Druckbehälter festgestellt.

Tihange-Widerstand wächst

Die regionale Politik fühlt sich durch eine neue Studie in ihren Bedenken gegenüber dem belgischen Kernkraftwerk bestärkt. Doch was kann man tun, ohne nicht doch irgendwann Panik zu verbreiten?

VON RENÉ BENDEN

Aachen. Der 15. Februar 1995 hätte zum schwärzesten Tag für die gesamte Region werden können. Wäre es in den späten Morgenstunden dieses Februartages zur Explosion des Reaktorbehälters 2 im belgischen Kernkraftwerk Tihange gekommen, wäre die Region Aachen wahrscheinlich noch heute unbewohnbar. Die Wetterlage an diesem Tag – eine spezielle Südwestströmung – war so ungünstig, dass sich die in Tihange freigesetzte Radioaktivität in extremer Form über der Region abgelagert hätte. Auch Metropolen wie Düsseldorf und Köln wären schwer getroffen worden. So steht es in einer gestern veröffentlichten neuen Studie. Angefertigt in einem renommierten Fachinstitut der Universität Wien, geschrieben von anerkannten Experten für Reaktorsicherheit.

Doch glücklicherweise ist Tihange 2 an jenem Tag nicht explodiert, und auch die Wetterlage vom 15. Februar 1995 hat sich in dieser Form nicht exakt so noch einmal wiederholt. Womit man beim Dilemma bislang aller Untersuchungen und Studien zu den umstrittenen belgischen Kernkraftwerken gekommen wäre. Denn eine unumstößliche Einschätzung, wie gefährlich die Meiler in Tihange und Doel nun tatsächlich sind, gibt es nicht – auch nicht nach dem gestrigen Tage. Aus Sicht der politischen Vertreter der Städteregion reichte aller-

dings das, was ihnen gestern vorgestellt wurde, um sich parteiübergreifend darauf zu einigen, dass man die Bemühungen intensivieren muss, damit vor allem in Tihange die Blöcke abgeschaltet werden. Darüber hinaus müsse die Bevölkerung auf das Schlimmste vorbereitet werden, damit sie sich wirksam schützen könne. „Ich habe keinen Zweifel daran, dass Sie als politische Vertreter nun häufig darauf angesprochen werden, wie man sich wirksam schützen kann. Darauf müssen Sie vorbereitet sein“, sagte Städteregionsrat Helmut Etschenberg.

Und so geriet die Sitzung des Städteregionsrats zeitweise zum Crashkurs: „Wie verhalte ich mich beim Super-GAU richtig?“ Patho-

loge Alfred Böcking vom Verein „Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges“ empfahl unter anderem flächendeckend Staubschutzmasken zu verteilen, und im Falle der Katastrophe nicht panisch zu fliehen, sondern zu Hause zu bleiben, um sich nicht unnötig der Radioaktivität auszusetzen.

Dennoch rechne er nach einem schweren Unfall in Tihange mit rund 1000 zusätzlichen Krebstoten jährlich. Den Schulen käme ebenfalls eine große Verantwortung zu. Auch dort müssten Jod-Tabletten vorrätig sein, damit sie rechtzeitig an die Schüler verteilt werden könnten. „Sie können doch nicht ihr Kind durch den Fallout laufen lassen und ihm dann erst Jod ge-

ben“, appellierte Böcking. Und während Beamer auf die Leinwände des Sitzungssaales Bilder von schwer missgebildeten Kindern projizierten, wurde dem ein oder anderen Zuhörer klar, dass sich die Städteregion auf einen schmalen Grad zwischen entschlossenem Handeln und Aktivismus begeben hat, auf dem zumindest die Gefahr besteht, unbegründete Panik zu verbreiten.

Einmal mehr wurde aber auch deutlich, dass die diffuse Bedrohungslage durch belgische Kernkraftwerke eine immer breitere Öffentlichkeit umtreibt. Dass Alemannia Aachen das Spiel gegen den 1. FC Köln II am 12. November dem Tihange-Widerstand widmet, indem beide Teams mit dem Schriftzug „Stopp Tihange“ auflaufen, mag dafür nur ein prominentes Beispiel sein. Diese wachsende Bewegung wertete nicht nur Etschenberg als Auftrag der Öffentlichkeit an die Politik, sich für ein Ende der alten Kernkraftwerke auf belgischem Boden einzusetzen.

Regionale Bemühungen alleine werden nicht zum Erfolg führen. Das wissen auch die Politiker im Städteregionsrat. Aus diesem Grund appellierte Etschenberg: „Das ist ein deutsches Problem.“ Selbst Städte wie Hannover und Bremen würden im Falle einer Tihange-Katastrophe betroffen sein. Da könne der Bund nicht länger ruhig zugucken. Die nächsten Wochen werden zeigen, wer sich noch in die Diskussion einschaltet.



Problematisches Kernkraftwerk: Rund 60 Kilometer von Aachen entfernt stehen die Meiler von Tihange. Foto: imago/stock & people

JUSTIZPANNE



► Der Prozess um das **Wiesencamp am Hambacher Forst** (Foto) ist gestern vertagt worden. Die Wachtmeister am Oberverwaltungsgericht Münster ließen einen der Aktivisten nicht in den Sitzungssaal, da er sich nur mit einem österreichischen Reisepass ausweisen konnte, wie ein Gerichtssprecher auf Anfrage unserer Zeitung erklärte. Im Reisepass ist kein Wohnsitz angegeben, deswegen verweigerten die Wachtmeister dem Mann den Zutritt. Als der Eigentümer der Wiese in Merz-nich-Morschenich, auf der das Wiesencamp steht, dies in der Verhandlung rügte, entschieden die Richter, dass dem Aktivisten der Zutritt zu Unrecht verweigert wurde und brachen die Verhandlung ab. Ein neuer Termin steht noch nicht fest. In dem Prozess geht es um die Frage, ob der Kreis Düren eine Räumung des Wiesencamps verfügen darf. Das Aachener Verwaltungsgericht hatte dies 2015 in erster Instanz bejaht. In dem Camp leben seit 2012 Umweltaktivisten, die gegen die Rodung des Hambacher Forsts protestieren. (gego)/Foto: imago/Manngold

KURZ NOTIERT

Pillenschmuggler sollen lange ins Gefängnis

Aachen/Roermond. Weil sie illegal Potenzmittel, Schlankheitspillen und Arzneien nach Deutschland eingeführt und verkauft haben, sollen zwei 48 und 49 Jahre alte Männer aus Roermond jahrelang ins Gefängnis. Die Aachener Staatsanwaltschaft forderte gestern in ihrem Plädoyer viereinhalb und fünf Jahre und acht Monate Haft. Für drei Helfer wurden Bewährungs- oder Geldstrafen beantragt. Der beiden Niederländer hatten die Arzneien übers Internet in Deutschland verkauft und mehr als zehn Millionen Euro eingenommen. Das Urteil soll am 2. November fallen. (wos)

LEUTE



► Der neu ernannte Aachener Bischof **Helmut Dier** (54) wird am kommenden Donnerstag seinen Treueeid gegenüber dem Staat leisten. Dazu empfängt ihn die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) in der Staatskanzlei, wie diese gestern mitteilte. Gemäß den staatskirchenrechtlichen Regelungen wird Dier auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung vereidigt. Am 12. November führt der Kölner Kardinal Rainer Woelki Dier in sein neues Amt in Aachen ein. (kna)/Foto: Andreas Steindl

„Die Namen von Tatverdächtigen frei erfunden“

Ein Kriminologe wirft der Landesregierung Manipulation vor: Bei der Aufklärungsquote werde in der Kriminalitätsstatistik getrickt

VON MARLON GEGO

Aachen/Düsseldorf. Ein Kriminologe wirft der nordrhein-westfälischen Landesregierung eine „erhebliche bewusste Manipulation“ der Kriminalstatistik vor. Das ist das Ergebnis einer Studie, die die CDU-Fraktion des Landtags in Auftrag gegeben hatte. Konkret geht es um die Anzahl der aufgeklärten Wohnungseinbrüche: Der Begriff „Tataufklärung“ werde „in vielen Fällen zu einer ‚Verschönerung‘ der Kriminalstatistik sehr weit interpretiert, zum Teil wird selbst vor gezielten Statistikfälschungen nicht zurückgeschreckt, um die Quoten künstlich zu erhöhen“, heißt es in der Studie, die unserer Zeitung vorliegt.

In der Tat hatte auch das Landeskriminalamt (LKA) in Düsseldorf vergangenes Jahr festgestellt, dass die Zahl der laut Statistik auf-

geklärten Wohnungseinbrüche erheblich höher liegt als die der Verurteilungen. In NRW beträgt diese Quote meist zwischen zehn und 20 Prozent, doch 2014 wurden nur 1,76 Prozent aller Einbrecher von einem Gericht verurteilt. Der Grund: In der Polizeistatistik gilt ein Wohnungseinbruch als aufgeklärt, wenn ein Verdächtiger ermittelt ist und die Akte der Staatsanwaltschaft zur weiteren Strafverfolgung übergeben wird. 2012 seien aber 87 Prozent der Fälle, die von der Polizei als aufgeklärt bezeichnet wurden, von den Staatsanwaltschaften wieder eingestellt worden – überwiegend aus Mangel an Beweisen, heißt es in der Studie.

Der Verfasser der Studie, der Jurist Frank Kawelovski, ist auf „eine große Zahl“ von Fällen gestoßen, die „auf Grundlage reiner Mutmaßungen als geklärt bezeichnet“ wurden. So habe es beispielsweise

ausgereicht, wenn ein Einbruchopfer einen Verdacht geäußert habe, wer den Einbruch begangen haben könnte. Und eine andere Untersuchung habe ergeben, dass 30 Fälle als geklärt bezeichnet wurden, „in denen die Namen von Tatverdächtigen (...) frei erfunden worden waren, ohne dass es in den Ermittlungsakten auch nur den geringsten Hinweis auf eine verdächtige Person gab“.



Polizeiwissenschaftler und Kriminologe: Frank Kawelovski. Foto: dpa

Der Innenexperte der CDU-Landtagsfraktion, Gregor Golland aus Brühl, erklärte im Gespräch mit unserer Zeitung, es sei „unfassbar, dass die ohnehin schon miserable Aufklärungsquote auch noch geschönt wird“. Das Problem sieht Golland aber nicht nur bei der Polizei, „sondern inzwischen vor allem bei der Justiz“. Knapp die Hälfte der 2014 verurteilten Einbrecher erhielten Bewährungsstrafen, was für Golland „Nullstrafen“ sind: „Menschen, die eine Existenz zu verlieren haben, lassen sich vielleicht auch von Bewährungsstrafen beeindrucken, reisende Bandeneinbrecher aber können über Bewährungsstrafen nur lachen“, sagte Golland.

Das Problem der Polizeistatistiken ist in erster Linie wohl ein terminologisches, auch Golland glaubt nicht, dass NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) die Polizei

zum Fälschen von Statistiken anhält. Die Einordnung „aufgeklärt“ suggeriert, dass ein Fall abgeschlossen ist und juristische Konsequenzen hatte. Doch ist eben die Differenz zwischen laut Statistik aufgeklärten Fällen und tatsächlichen Verurteilungen enorm.

Innenminister Jäger erklärte gestern, der Vorwurf, die Polizei fälsche ihre Ermittlungsbilanz zu Wohnungseinbrüchen, sei falsch. Die Aufklärungsstatistik werde nach bundesweit einheitlichen Kriterien geführt. „Uns liegt daran, den Bürgern ein klares Bild zu vermitteln.“ Dass dies gelingt, bezweifelt die Studie jedoch ausdrücklich. In letzter Konsequenz würden „die Bürger über das Kriminalitätsgeschehen getäuscht“, ihnen werde die Möglichkeit genommen, „auf einer realen Sachbasis beruhende (...) Wahlentscheidungen treffen zu können“.



► Bis zu eineinhalb Stunden braucht er morgens für die 42 Kilometer ins Ministerium: **NRW-Verkehrsminister Michael Groschek** (SPD) kann den Ärger vieler Autofahrer im allmorgendlichen Pendlerstau verstehen. Auf dem Weg von seinem Wohnort Oberhausen nach Düsseldorf bekomme er das selbst mit, sagte er in einem Interview. Das Straßennetz in NRW sei an der Grenze der Belastungsfähigkeit. Jede kleine Störung auf den Autobahnen führe zu Staus. Groschek versprach, dass sich die Lage durch das von ihm angekündigte „Jahrzehnt der Baustellen“ verbessern werde. (dpa)

KONTAKT

Regionalredaktion: (montags bis freitags, 10 bis 18 Uhr) Tel.: 0241/5101-469 Fax: 0241/5101-360 euregio-anzzeitungsverlag-aachen.de